
2876/J XXII. GP

Eingelangt am 12.04.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Bettina Stadlbauer, Hermann Krist

und GenossInnen

an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen

betreffend „Arbeitsstiftungen für Frauen“

Die SPÖ Oberösterreich hat im oberösterreichischen Landtag die Initiative für eine Arbeitsstiftung für Frauen eingebracht. Dies wäre ein wichtiger Beitrag, den überdurchschnittlichen Anstieg der Frauenarbeitslosigkeit zu stoppen.

Wenn größere Betriebe geschlossen werden, kommt es meist durch die Sozialplanverhandlungen der Gewerkschaften zu einer Betriebsstiftung. Es gibt auch Stiftungen von größeren Betrieben, die sich freiwillig zusammengeschlossen haben, um Mitarbeitern, die sie kündigen, die Möglichkeit zu bieten, über diese Stiftungen eine Ausbildung zu machen. Meistens sind diese Stiftungen in Betrieben, die vorwiegend Männer beschäftigen.

In Branchen, die typischerweise Frauen beschäftigen, wie etwa der Handel oder das Gastgewerbe, findet man die freiwilligen Stiftungen nicht. Deshalb hat die SPÖ Oberösterreich diesen Vorstoß für eine Arbeitsstiftung für Frauen gemacht.

Eine Arbeitsstiftung für Frauen könnte die schwierige Situation von Frauen, die vor allem in Klein- und Mittelbetrieben gekündigt werden und auch Wiedereinsteigerinnen erleichtern und ihnen die Möglichkeit geben eine Ausbildung ihrer Wahl zu machen, mit der sie auch die Chance auf einen hochwertigen Arbeitsplatz bekommen.

Da durch Arbeitsstiftungen für Frauen längere Aus- und Weiterbildungen möglich sind, wäre dies ein geeignetes Mittel nicht nur Frauen in Oberösterreich, sondern in ganz Österreich zu unterstützen.

Frauenministerin Rauch-Kallat sprach im Gleichbehandlungsausschuss im Parlament am 17. Februar 2005 zwar davon, dass die Frauenarbeitslosigkeit höher steigt als die Arbeitslosigkeit der Männer und vor allem im Qualifizierungsbereich Maßnahmen gesetzt werden müssten, jedoch sprach sie sich dezidiert gegen eine Arbeitsstiftung nur für Frauen aus.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen nachstehende

Anfrage:

1. Ist es richtig, dass Sie eine österreichweite Arbeitsstiftung für Frauen ablehnen?
2. Wenn ja, welche Gründe liegen dafür vor?
3. Wenn nein, gibt es in Ihrem Ministerium Pläne für eine österreichweite Arbeitsstiftung für Frauen?
4. Auf der Homepage der Frauenstiftung Steyr scheint Ihr Ministerium unter anderen als Fördergeber auf. In welcher Höhe und über welchen Zeitraum unterstützen Sie die Frauenstiftung Steyr?
5. Unterstützen Sie noch andere Frauenstiftungen in Österreich?
6. Wenn ja, welche sind das und in welcher Höhe werden diese gefördert?
7. Wenn nein, werden Sie weitere, künftige Arbeitsstiftungen in Oberösterreich oder anderen Bundesländern fördern?
8. Welche Maßnahmen wurden und werden von Ihrem Ministerium konkret gesetzt, um der dramatischen Frauenarbeitslosigkeit und dem niedrigen Qualifikationsgrad arbeitsloser Frauen gegenzusteuern?